

Antrag

der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sabine Jünger, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Ursula Lötzer, Petra Pau, Dr. Winfried Wolf, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Übergriffe gegen Globalisierungskritiker beim G8-Gipfel in Genua

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Forderung nach Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchungskommission. Die Aufklärung aller Vorwürfe ist keine inneritalienische Angelegenheit.

Der Deutsche Bundestag verurteilt die Kriminalisierung und Repression von Kritikern und Kritikerinnen der Globalisierung. Er fordert die Bundesregierung auf, sich für eine rechtsstaatliche Behandlung aller im Zusammenhang mit Genua inhaftierten Personen aus der Bundesrepublik Deutschland und für ihre rasche Freilassung sowie für die Einstellung aller Verfahren einzusetzen. Durch polizeiliche Misshandlung Verletzte und zu Unrecht Verhaftete sollen entschädigt werden. Die Einreiseverbote müssen vollständig aufgehoben werden.

Die schweren Vorwürfe gegen Sicherheitskräfte im Zusammenhang mit Genua zeigen: Grundrechte sind in Gefahr. Diese Grundrechte zu schützen und auszubauen ist oberstes Gebot. Dazu gehört auch eine Überprüfung der polizeilichen Zusammenarbeit und des Datenaustausches in der EU. Die Verletzungen internationaler Vereinbarungen wie z. B. der Europäischen Grundrechtecharta, der UN-Menschenrechtskonvention und der Anti-Folter-Konvention müssen auf europäischer Ebene untersucht und verurteilt werden.

Berlin, den 11. September 2001

Ulla Jelpke
Sabine Jünger
Carsten Hübner
Heidi Lippmann
Ursula Lötzer
Petra Pau
Dr. Winfried Wolf
Roland Claus und Fraktion

Begründung

Im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Genua ist es zu zahlreichen polizeilichen Übergriffen und Misshandlungen und erheblichen Einschränkungen von Grundrechten gekommen.

So wurden bereits im Vorfeld von deutschen Behörden gegen eine größere Zahl von Personen Ausreiseverbote verhängt. Diese schwerwiegenden Eingriffe in Grundrechte wie das auf Freizügigkeit, auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wurden zum Teil nur mit gerichtlich nicht überprüften Beschuldigungen begründet oder einfachen politischen Vorwürfen wie Teilnahme an Demonstrationen.

Die den Betroffenen unbekanntes Beschuldigungen sind auch an die italienische Polizei und – zum EU-Gipfel in Göteborg und der Tagung in Salzburg – vorher an die schwedische und die österreichische Polizei übermittelt worden. Damit sind grundlegende Fragen des Datenschutzes, der Polizeizusammenarbeit und des Schutzes von Grundrechten in der EU aufgeworfen.

In Genua selbst kam es bei den Protesten zu schweren polizeilichen Übergriffen und Misshandlungen sowie zahlreichen Festnahmen. Ein Demonstrant wurde erschossen, zahlreiche weitere zum Teil erheblich verletzt. Festgenommene wurden misshandelt bis hin zu Folterungen, beschimpft und bedroht, erhielten keinen ausreichenden juristischen und ärztlichen Beistand oder Dolmetscher. Gegen viele der inzwischen wieder freigelassenen und abgeschobenen Personen hat die Regierung Einreiseverbote verhängt. Mehrere aus Deutschland nach Italien gereiste Personen sind noch immer in Haft. Ihnen wird auf Grundlage von fragwürdigen Indizien die Zugehörigkeit zu einem als „terroristische Vereinigung“ eingestuften „schwarzen Block“ vorgeworfen. Die Beschuldigten, ihre Eltern und Anwälte bestreiten das und sprechen von konstruierten Vorwürfen, mit denen eine ganze soziale Bewegung, die gegen die negativen Auswirkungen der Globalisierung gerichtet ist, kriminalisiert und abgeschreckt werden sollte.

Gleichzeitig stehen weitere Vorwürfe gegen die italienischen Sicherheitskräfte im Raum, so der Vorwurf der Zusammenarbeit mit Neofaschisten und des Einsatzes von Provokateuren, die an den Krawallen beteiligt gewesen sein sollen.

Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und Parteien haben eine vollständige Aufklärung dieser Vorwürfe verlangt.